

Bonner Forum zur Einheit. Deutschland und Europa am 03.10.2022

Eine neue Ordnung? Die Zukunft des Westens

Rede von Annegret Kramp-Karrenbauer zum Tag der Deutschen Einheit im Rahmen der Feierstunde der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Bonn

[Einladung](#) | [Bericht](#)

Es gibt Momente im Leben eines Menschen, die möchte man einfrieren und anhalten. Weil sie sich perfekt anfühlen. Im Dasein von Staaten sind solche Momente selten. Die Öffnung der Mauer in der Nacht am 9. November 1989 und der Tag der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 waren solche Momente. Und deshalb ist und bleibt der 3. Oktober als Feiertag unserer Einheit auch nach über 30 Jahren und aller Alltagsernüchterung ein Tag zum Feiern. Und er bleibt ein Tag, sich dankbar zu erinnern an die, die Einheit möglich gemacht haben. Die Mutigen, die in der DDR auf die Straße gegangen sind. Die, die in Verantwortung waren und den Weg der Wiedervereinigung gezeichnet und freigemacht haben. Gerade heute, im Angesichts von Putins Angriffen und Drohungen nicht nur gegen die Ukraine, sondern gegen den ganzen Westen, erinnern wir uns besonders dankbar an den kürzlich verstorbenen Michael Gorbatschow, wohl wissend und verstehend, dass Länder wie Litauen und Georgien andere Erinnerungen an ihn haben.

Der Tag der Deutschen Einheit findet in diesem Jahr statt in einer Zeit, die viele Menschen als bedrohlich empfinden. In einer Zeit von Krieg auf europäischem Boden, in einer Zeit von Drohungen mit atomarer Vernichtung, einer Zeit rasender Inflation, steigender Preise und negativen Zukunftserwartungen, einer Zeit des bedrohlichen Klimawandels und einer Pandemie, die noch nicht endgültig besiegt ist. Einer Zeit, die insbesondere verbunden wird mit dem Datum des russischen Überfalls auf die Ukraine. Ein Datum, das oft und gerne mit dem Etikett der Zeitenwende versehen wird.

Ich gestehe, dass auch ich zu Beginn des Ukrainekrieges diesen Begriff aufgenommen und verwendet habe. Heute frage ich mich, ob das nicht voreilig und mit Blick auf uns selbst unkritisch und beschönigend war. Ist es nicht eher so, dass nicht die Zeit mit ihren Bedrohungen sich schlagartig geändert hat, sondern der Schleier entfernt wurde, der unseren Blick auf diese Zeit verstellte hatte. Dass nicht der 24.2.2022 der Weckruf für Deutschland und den ganzen Westen war, sondern schon der Angriff gegen Georgien und die Annexion der Krim? Wenn wir uns das eingestehen, dann auch, dass wir diese ersten Signale nicht gesehen haben oder nicht sehen wollten. Und wenn wir darauf reagiert haben, dann nicht energisch, entschieden und schnell genug. Wenn wir dennoch am Begriff der Zeitenwende festhalten wollen, dann müssen wir ihn anders verstehen. Verstehen als die Wende in unseren Köpfen, als das Begreifen, dass wir auch nach dem Ende des Krieges in der Ukraine nicht einfach zur Vergangenheit zurückkehren können. Verstehen, dass sich die Welt unwiderruflich verändert hat und wir das auch tun müssen.

Wie auch immer man dazu steht, der russische Krieg gegen die Ukraine, hat unzweifelhaft vieles in Gang gesetzt. Die Nato, die noch vor wenigen Jahren von nicht wenigen als „hirntot“ charakterisiert wurde, ist wiederbelebt, um Finnland und Schweden erweitert und wird ganz selbstverständlich als der Garant für die Verteidigung der territorialen Integrität in Europa angesehen. Die transatlantische Partnerschaft wird nicht mehr zugunsten einer europäischen Souveränität in Frage gestellt. Die Staaten der Europäischen Union sind zusammengedrückt und haben als Reaktion auf den russischen Überfall gemeinsam Sanktionen beschlossen und bis heute aufrechterhalten, trotz unterschiedlicher Interessen. In Deutschland werden 100 Mrd. als Sondervermögen für die Bundeswehr zur Verfügung gestellt. Und Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik stehen im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte.

Also erleben wir einen starken oder erstarkten Westen, der sich, seine Interessen und Werte in einer durch die Auseinandersetzung zwischen demokratischen und autoritären Systemen bipolarer werdenden Welt oder gar einem „Kalten Krieg 2.0“ ohne Probleme und selbstverständlich verteidigen kann?

Ich möchte das nicht zu schnell und zu laut bejahen.

Es stimmt. Wir leben in einer Zeit und Welt eines zunehmenden Systemkonflikts zwischen demokratischen und autoritären Staaten. Russland, gerade jetzt, und China noch massiver und ernsthafter in der Zukunft, fordern uns heraus und zielen nicht nur auf die einzelnen Staaten, sondern darauf, ein internationales System zu verändern, das immer noch stark von den Lehren des Zweiten Weltkrieges und den Prinzipien der Nachkriegszeit dominiert ist. Und dennoch, anders als im Kalten Krieg haben wir heute in einer globalisierten Welt weder unter den Demokratien, noch unter den Autoritären die genaue Deckungsgleichheit von sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen, technologischen und klimapolitischen Interessen. Die Welt ist vernetzter und uneindeutiger geworden. Und das bedeutet auch Bündnisse werden ambivalenter.

Ja und es stimmt, wir sind in den letzten Monaten im Westen enger zusammengedrückt. Wir haben ein Momentum. Aber das muss jetzt genutzt werden. Nato und EU haben in diesem Jahr ihre grundlegenden strategischen Dokumente für die nächsten Jahre vorgelegt. Sie sind an den russischen Krieg in der Ukraine angepasst und beziehen sich durchaus aufeinander. Aber jetzt müssen konsequent und zügig die Strukturen geschaffen und Entscheidungen getroffen werden, die eine langfristige Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen in der Praxis umsetzen. Und die eine transatlantische Partnerschaft sichern, die kräftemäßig ausbalancierter und damit langfristig stabiler ist. Eine Partnerschaft, die auf gleichen Werten beruht und trotzdem auch unterschiedliche Interessen und Schwerpunkte aushält.

Die Auseinandersetzung mit dem Autoritären ist aber nicht nur eine Herausforderung an Bündnisse. Sie ist eine Herausforderung an uns selbst. Denn die Angriffe autoritärer Staaten sind nicht nur klassisch militärisch. Sie sind klassisch hybrid. Sie greifen von außen und von innen an. Desinformation, Verunsicherung, Destabilisierung sind sicher keine neuen Formen. Aber in einer vernetzten und mit immer neuen technologischen scheinbar unbegrenzten Möglichkeit versehenen Welt haben sie eine andere Sprengkraft. Und sie zeigen Wirkung. Aber wenn wir ehrlich mit uns selbst sind, dann ist nicht alles, was wir in unserer offenen und demokratischen Gesellschaft an Negativem sehen, das Ergebnis von Fake News und Angriffen von außen.

Ich komme gerade aus den USA. Die Midterms stehen bevor. Und ich hatte Gelegenheit mir Wahlwerbespots im Fernsehen anzusehen. Sie waren alle personenbezogen. Aber nur ganz wenige haben davon erzählt, warum man jemanden wählen soll. Die allermeisten haben erklärt, warum man eine Person nicht wählen soll. Ein amerikanisches Phänomen? Nein. Spätestens seit der letzten Bundestagswahl ist strategisches Negativcampaigning leider auch in Deutschland hoffähig geworden.

Beim Zuschauen dieser Spots habe ich mich gefragt, wieviel Verachtung, Herabsetzung, ja Hass gegenüber Menschen und Institutionen man in eine Gesellschaft infiltrieren kann, bevor diese Gesellschaft Menschen und Institutionen mit genau dieser Verachtung, Herabsetzung und Hass behandelt?

Viele sprechen darüber, welche Rolle Deutschland in dieser Welt spielen soll. Die einen erwarten mehr Führung von uns, manche fürchten sie. Zu führen bedeutet Verantwortung zu übernehmen. Gerade wir als Deutsche in Erinnerung an die dunkelsten und hellsten Stunden unserer Geschichte sind zu dieser Verantwortung verpflichtet. Deutschland hat die nationalsozialistische Diktatur zugelassen. Das Ergebnis waren Millionen von Toten. Deutschland hat die Teilung des eigenen Landes erlebt. Deutschland hat aber auch die Wiedervereinigung erlebt, das Zusammenwachsen Europas und Jahrzehnte in Frieden und Freiheit. Wer, wenn nicht wir, soll für Freiheit, Menschenrechte und Frieden überall in der Welt eintreten. Nicht alleine und nicht schulmeisterlich, sondern mit Respekt und Achtung gegenüber anderen Staaten und ihren Interessen, mit Zusagen, die wir einhalten, mit Visionen, die andere begeistern und mit der unzweifelhaften Entschlossenheit sie umzusetzen. Wenn das Führung bedeutet, worauf warten wir dann noch?!

Auch wenn neueste Untersuchungen davon sprechen, dass die Zahl demokratischer Staaten in der Welt zurückgegangen ist und autoritäre Systeme zahlenmäßig zunehmen. Unsere Werte und Versprechen an Menschen frei und selbstbestimmt leben zu können, sie sind ungebrochen lebendig und kraftvoll. Sie haben 1989 die Menschen in der DDR auf die Straße gebracht, sie treiben die Frauen und Männer an, die unter Lebensgefahr im Iran demonstrieren und sie sind es, die den tapferen Menschen in der Ukraine den Mut geben, gegen eine zahlenmäßige Übermacht zu kämpfen. So sind wir heute mit unseren Herzen und Gedanken bei den Studentinnen und Studenten, die gestern Nacht von iranischen Sicherheitskräften eingekesselt und beschossen worden sind. Wir sind mit unseren Herzen und Gedanken bei den Opfern, Hinterbliebenen und Überlebenden russischer Verbrechen in der Ukraine. Sie alle kämpfen für etwas, was für uns selbstverständlich ist und das wir allzu oft nicht mehr wirklich zu schätzen scheinen. Wir haben unseren Traum vom Leben in einem freien, demokratischen, sicheren und wiedervereinigten Deutschland erfüllen können, weil wir daran festgehalten haben und weil uns andere geholfen haben. Heute kämpfen andere um ihre Freiheit, Sicherheit und territoriale Unversehrtheit. Es ist Zeit, dass wir zurückgeben, was wir einst erhalten haben.

Der Traum von Freiheit und Demokratie, das Versprechen des Westens ist ungebrochen. Und nach der jüngsten Allensbachstudie ist eine große Mehrheit der Deutschen davon überzeugt, dass dieser Traum und diese Versprechen sich auch in Zukunft durchsetzen werden. Das sollte uns Grund genug sein, trotz aller Herausforderungen und Schwierigkeiten, optimistisch in die Welt und in die Zukunft zu schauen.